

Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, a. G. m. b. H.,
Breslau 1, Kollatstraße 49/50.

Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, a. G. m. b. H.,
Breslau 1, Kollatstraße 49/50.

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. — Durch den Postweg nach Berlin: monatlich 2,50 RM.
Wochensatz 7,50 RM. frei ins Haus.
Verlagsgesellschaft, Sozialistischer Verlag, a. G. m. b. H., Breslau.
Anzeigenpreise: Die dreispaltige Mittelzeile über deren Raum 0,90 RM., anderwärts 1,00 RM.
Stellen- und Wohnungsbekanntmachungen, Verdingungs- und Verdingungsangelegenheiten 0,50 RM.
Kleinanzeigen: Die dreispaltige Mittelzeile über deren Raum, hinter 2. — RM.

Aufruf!

Der 2. Kongress der 3. Internationale an die Proletarier aller Länder.

Der 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale tritt in diesem Moment zusammen, wo unter den mächtigen Schlägen der Roten Armee der russischen Arbeiter und Bauern das weißgardistische Polen, die Feste der kapitalistischen Weltrevolution, zusammenbricht. Das, was alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen der revolutionären Welt so glühend wünschten, ist in Erfüllung gegangen: die russischen Arbeiter und Bauern haben sich eben so machtvoll gegen die freche polnische weiße Garde erhoben, wie sie sich erhoben hatten, als es galt, die russische Konterrevolution, die Heere Judentums, Kottschals und Denikins niederzuwerfen. Die polnischen Kapitalisten und Grundbesitzer haben in der Hoffnung auf die Hilfe des Weltkapitals das ephemerische Friedensangebot Sowjetrußlands abgelehnt; sie waren überzeugt, Sowjetrußland habe im Kampf gegen die Konterrevolution seine ganzen Kräfte erschöpft und so schickten sie ihre Truppen gegen Sowjetrußland und stehen jetzt vor der Niederlage. Die polnischen Truppen haben sich panikartig aus der Ukraine und Weißrußland zurückgezogen und die Roten Truppen verfolgen sie. Die Räuber des Weltkapitals — die polnischen Grundbesitzer und Kapitalisten — stimmen jetzt ein Schreul an: „Polen ist in großer Gefahr.“ Sie wenden sich an die verschiedenen Länder mit der Bitte um rascheste Hilfe. Wir sehen, daß die englische Regierung, die die Polen für ihren verbrecherischen Feldzug gegen Sowjetrußland ausgerüstet hat, die ebenso wie ihre Verbündeten es ablehnte, am 8. April in London Friedensverhandlungen stattfinden zu lassen, droht jetzt mit einem neuen allgemeinen Ueberfall der Entente, wenn Sowjetrußland seinen Waffenstillstand mit den in Rußland eingedrungenen Polen abschließt. Die französische Regierung, die noch im Jahre 1917 bereit war, Polen der zaristischen Regierung Rußlands zu überlassen, wenn diese die Ansprüche des französischen Imperialismus auf das linke Rheinufer anerkennt, die englische Regierung, die der deutschen Regierung während des Krieges durch ihre Agenten oft versprochen hat, daß sie Polen den Zentralmächten überlassen wird, wenn nur der deutsche Imperialismus Belgien freigibt — all diese Händler mit Menschenfleisch schreien jetzt, daß Sowjetrußland die Unabhängigkeit Polens bedrohe; sie sind bemüht, durch diese Behauptung die öffentliche Meinung der ganzen Welt für einen neuen Feldzug der russischen Arbeiter und Bauern vorzubereiten.

neuen Feldzug gegen Rußland vorzubereiten, so müßt Ihr eins wissen: Eure Sklavenhalter zittern, sie wissen, daß, wenn unter den Schlägen der Roten Armee das weißgardistische Polen auseinanderfällt, die polnischen Arbeiter die Macht in ihre Hände nehmen, es den deutschen, österreichischen und italienischen Arbeitern leichter fallen wird, sich von ihren Ausbeutern zu befreien, und daß ihnen auch die Arbeiter Englands und Amerikas folgen werden.

Proletarier der Ententeländer! Es ist Eure Pflicht, an allen Orten und an allen Grenzen auf der Hut zu sein, darauf Acht zu geben, daß kein einziger Zug, kein einziges Schiff mit Lebensmitteln oder Waffen nach Polen gesandt werden. Wo die Regierungen und Privatkapitalisten auf Eure Proteste nicht hören, dort veranstaltet Streiks und verhindert gewaltsam die Ausfuhrung der Wünsche Eurer Regierungen.

Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Die Stunde ist gekommen, wo ihr das in die Tat umsetzen könnt, was ihr in Tausenden von Kundgebungen versprochen habt — Euch an die Seite Eurer russischen Brüder zu stellen und zusammen mit uns für Eure Befreiung zu kämpfen! Ihr dürft es nicht zulassen, daß auf deutschem Boden irgendwelche Versuche gemacht werden, dem weißgardistischen Polen zu Hilfe zu kommen; gestattet kein neuen Anwerbungen von Soldaten. Beobachtet sorgfältig alle Züge, die nach dem Osten gehen, habt ein wachsameres Auge auf alles, was in Danzig vorgeht.

Proletarier aller Länder!
Denkt an das weißgardistische Polen; es ist die Aufgabe der jetzigen Stunde, diesen Feind niederzuwerfen. Proletarier aller Länder! Eure Solidarität mit Sowjetrußland bedeutet auch die Solidarität mit dem polnischen Proletariat. Das polnische Proletariat hat unter der Leitung der kommunistischen Partei einen energischen Kampf gegen den Krieg gegen Sowjetrußland geführt. Die polnischen Gefängnisse sind überfüllt mit unsern polnischen Brüdern, den Kommunisten Polens. Die Niederlage der polnischen Weißgardisten ruft in den Herzen der polnischen Arbeiter nur die größte Freude hervor. In einer Reihe von Streiks erheben sich die Polen, die polnischen Arbeiter; sie sind bemüht, die Niederlage ihrer Ausbeuter auszunutzen, um ihrem Klassenfeind den letzten Stoß zu verfehen und sich mit den russischen Arbeitern zum gemeinsamen Befreiungskampf zu verbünden. Die Blockade Polens mit Hilfe des Befreiungskampfes der polnischen Arbeiter — das ist der Weg zur Befreiung Polens von den Ketten, mit denen es an den Triumphwagen der siegreichen Kapitalisten von Paris und London gekettet ist, der Weg zur unabhängigen Republik der polnischen Arbeiter und Bauern.

Der 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale fordert Euch auf:
Geht auf die Straßen, zeigt Euren Regierungen, daß Ihr die Hilfe für das kapitalistische Polen und die Einmischung in Angelegenheiten Sowjetrußlands nicht zulassen werdet! Stellt jede Arbeit ein, wenn Ihr seht, daß die kapitalistische Alique aller Länder, trotz Eurer Proteste, einen neuen Angriff auf Sowjetrußland vorbereitet! Laßt kein einziges Schiff, keinen einzigen Zug nach Polen durch, zeigt, daß die Solidarität des Proletariats nicht nur in Worten, sondern in Taten besteht!
Es lebe Sowjetrußland!
Es lebe die Rote Armee!
Nieder mit dem weißgardistischen Polen!
Es lebe Sowjetpolen!
Es lebe die Armeen der Kommunistischen Internationale!
Moskau, im Juli 1920.

zu verheimlichen, aufgegeben und hat amtlich erklären lassen, daß der Widerstand keine Aussicht mehr habe, da auch der letzte Mann nicht mehr Einfluß auf die Lage der Front ausüben könne. Im Staatsrat erklärte Witos, die Waffenstillstandsbedingungen in jeder Form anzunehmen; denn es hänge für Polen alles von den folgenden Verhandlungen ab, was die Alliierten für Polen erreichen könnten.

Warschau unter Geschützfeuer.
Rotterdam, 7. August. Die „Times“ melden aus Warschau: Die nördlichen Außenposten der Festung Warschau werden seit Freitag früh von russischer Artillerie beschossen. Die polnischen Batterien erwidern das Feuer. Man meldet, daß sich nördlich von Warschau Kämpfe zwischen der Roten Armee und polnischen Verteidigungskräften abspielten. Der polnische Landesverteidigungsrat hat das südliche Weichselufer und das nordöstliche Galizien als unmittelbare Gefährzone erklärt. In den anderen nicht besetzten polnischen Städten wurden Aushebungen der wehrfähigen Männer bis zum 50. Lebensjahr veranstaltet.

Neue Niederlage der Polen in Galizien.
Zürich, 7. August. Die „Gavasagentur“ meldet aus Lemberg: Die russische Südarmee hat eine neue Angriffsoperation gegen Lemberg eingeleitet. Die Polen sind seit 24 Stunden nördlich von Brody aufs neue im Rückzuge begriffen. Die Rote Armee unter dem General Budjag hat mit überlegenen Kavalleriemassen an mehreren Stellen des Sereth die polnischen Truppen auf das linke Ufer zurückgeworfen.

Ein Notzettel der Verräter.
Warschau, 7. August. Die sozialistische Zeitung „Kobuzin“ fordert die Sozialisten der Westmächte auf, im Namen des Sozialismus und des internationalen Brudergesühles den russischen Nord in Polen nicht zuzulassen und alles aufzubieten, damit der russisch-polnische Konflikt in unparteilicher Weise behandelt werde.

Kein Kriegsmaterial mehr nach Polen.
Nach einer Meldung des „Journal des Debats“ hat die englische Regierung der Sowjet-Regierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichten, sich in die polnisch-russischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen werde keine Freiwilligen mehr ausheben, und die interalliierten Militärmissionen werden nicht mehr intervenieren. Auch würde kein Kriegsmaterial mehr nach Polen gesandt und die beiden Heere würden in ihren jetzigen Stellungen bleiben. Das sei in großen Zügen der Plan, der nach Moskau übermittelt worden sei, und auf den Lloyd George heute mittag eine Antwort zu erhalten hoffte.

Die ungarische Reaktion für Polen.
Warschau, 8. August. Eine Delegation des ungarischen Parlamentes unter Führung des bekannten Politikers Baron Syntyni schickte dem Bismarck-Präsidenten Dawidowski einen Besuch ab. Baron Syntyni wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher noch ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen, und zwar nicht nur durch Entsendung einiger 10000 Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte. Ebenso stellt das ungarische Rote Kreuz auf Anforderung seine Dienste Polen zur Verfügung.

Erfolge der Bolschewisten über Wrangel.
Moskau meldet radiographisch: Bei Enjadowo und bei Ostrotenka fanden Kämpfe statt, bei denen wir viel Kriegsmaterial mit Eisenbahnwagen und zwei Tanks erbeuteten. Nördlich von Brody hat unsere Kavallerie den Feind geschlagen. Auf der Krim haben wir die Offensiv ergriffen und Alexandrowal genommen.

Die englischen Sozialisten für Sowjet-Rußland.
„Daily Herald“ schreibt: Wenn die Alliierten sich heute für den Krieg erklären würden, statt einen ehrenhaften Frieden mit der Sowjet-Regierung zu schließen, müßte die Arbeit morgen im ganzen Lande ruhen. Man wolle den Krieg durch Streik verhindern.

Rußland will mit Rumänien verhandeln.
Nach einer „Gavasmeldung“ hat die Sowjetregierung einen Funkspruch an die rumänische Regierung gerichtet, nach dem sie sich bereit erklärt, Verhandlungen anzunehmen, um die nach schwebenden territorialen und politischen Fragen zu lösen. Die Sowjetregierung schlägt als Verhandlungsort Chirlow vor.

Politische Uebersicht.

Polen vor der Kapitulation.
Die „Gavasagentur“ meldet aus Krakau: Die Roten Truppen haben sich bei Nowogorow und Siedzko vereinigt. Die bolschewistische Hauptarmee in Stärke von über 50000 Mann marschiert auf die Festung Warschau und

beschießt bereits die nördlichen Außenbefestigungen. Die polnischen Truppen erwidern mit einzelnen Batterien das Feuer.
Die „Breskinformation“ meldet aus Warschau: Die polnische Regierung hat jetzt ihre bisherige Gesplogtheit, die Lage

Der Papst als Helfer der Reaktion.

Der Papst hat sich veranlaßt gesehen, aus eigenem Antriebe (motu proprio) Pfaffen und Volk reaktionär zu verurteilen. Der fünfzigste Jahrestag der Proklamation „des heiligen Patriarchen Joseph zum Schutzherrn der ganzen Kirche“ hat als äußerer Anlaß herhalten müssen. Der Papst beklagt sich bitter über das Abheben des Kirchen- und Gottesglaubens, führt verzweifelte Worte über die Verhöhnung gegen die Heiligkeit der ehelichen Treue und die Achtung vor der väterlichen Autorität. Der Hauptzweck des motu proprio ist natürlich die Verbannung des Kampfes zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Als schon der Kampf zwischen Proletariern und Arbeitgebern sich zugespitzt hatte, habe der Klassenhaß mit der Dauer der Schrecken des Krieges noch überhand genommen. Dieser nämlich verurteilt auf der einen Seite für die breiten Schichten des Volkes eine unerträgliche wirtschaftliche Lage, auf der anderen Seite häufte er in die Hand einzelner ganz fabelhafte Reichtümer.

Ueber die revolutionären Vorgänge läßt sich der Papst also vernehmen:

„In den Köpfen und den Herzen aller revolutionären Klassen spukt der Gedanke an das Nahen einer gewissen Weltrepublik, welche auf den Fundamenten absoluter Gleichheit der Menschen und der Gemeinschaft der Güter beruhen und in der es keinen Unterschied der Nationalität mehr geben soll, noch auch weiterhin die Autorität des Vaters über die Kinder, noch auch eines Staates über seine Bürger, noch auch eines Gottes über die Menschheit, die in dieser bürgerlichen Gemeinschaft verbunden ist, mehr anerkannt werden wird. Lauter Dinge, die bei ihrer Verwirklichung zu schrecklichen sozialen Zuckungen führen müßten, wie man es schon bei jener sozialen Zuckung wahrnehmen kann, die gegenwärtig einen nicht kleinen Teil Europas heimsucht. Und man möchte auch gar zu gern bei den übrigen Völkern eine ähnliche Situation herbeiführen, wie wir sie dort sehen, wo die Völker von der blinden Wut einiger weniger (Terroristen) erregt werden, und da und dort möchte man unausgesprochene, schwere Erschütterungen hervorrufen.“

Der ehrfurchtliche Diener der Gotteslehre fühlt sich hier als der Hohe Priester des Kapitals. Und wie immer in solchen Fällen wird nun die Kirche in den Dienst der Kapitalrethung gestellt. Der Papst weiß kein besseres Mittel, das Sturmesbrausen der Weltrevolution zu beschwören, als auf die Worte zurückzukommen, die unter analogen Verhältnissen sein Vorgänger Leo XIII. an seine Schäfchen richtete:

„In Anbetracht dieser Sachlage müssen die Armen und alle, die von der Frucht ihrer Arbeit leben müssen, von einem erhabeneren Gefühl der Billigkeit (d. i. der sozialen Gerechtigkeit) befehl sein; wenn ihnen nämlich die Gerechtigkeit auch erlaubt, sich aus ihrer Notlage herauszuarbeiten, um eine bessere Lebenslage zu schaffen, so ist es jedoch durch die Gerechtigkeit und durch die Veranlassung selbst verboten, die Ordnung anzupöbeln, welche von der göttlichen Vorsehung selbst so eingerichtet worden ist. Ja, es ist sogar ein törichter Rat, zur Gewalt zu greifen und Verbesserungen auf dem Wege von Auflehnung und Aufruhr herbeizuführen; denn diese tragen höchstens und in den meisten Fällen nur dazu bei, noch die unangenehme Lage zu verschlimmern, die sie beizubringen wollten. Wenn indes die Armen vernünftig vorgehen wollen, so sollen sie nicht auf die törichten Vorspiegelungen von Volksumsiegeln achten, sondern mehr auf das Beispiel und den Schutz des heiligen Joseph und auf die mütterliche Liebe der Kirche vertrauen, welche von Tag zu Tag sich immer mehr ihrer annimmt.“

Mit solchen Schwertschabern werden selbst die physischen Regionen die Revolution nicht mehr können.

Die Schutz- und Liebesversprechungen genügen dem Volke jetzt nicht mehr. Der Worte sind genug gewechselt. Jetzt will es endlich Taten sehen. Da weder eine göttliche Vorsehung, noch eine irdische Machtstelle etwas für es tut, greift es selbst zur Tat. Krachend stürzten die Throne zusammen, weil von ihnen aus die Macht kommandiert wurde, die die Notlage der Arbeiter verewigen wollte. Auch den Allüren ist kein anderes Los als den Thronen beschieden. Motu proprio wie das vorhergehende werden dieses Schicksal nicht nur nicht von ihnen abwenden, sondern noch beschleunigen.

Arbeiter, Sozialisten!

Von Tag zu Tag mehren sich die Gerüchte, daß Entente-Truppen am Rhein zusammengezogen, daß dort Kriegsmaterial und Lebensmittel angehäuft werden, die dazu bestimmt sind, in dem durch Schuld der polnischen Regierung entseelten polnisch-russischen Krieg die Polen gegen die Roten Armeen zu unterstützen.

Erzwingt die Entente den Durchtransport von Truppen und Kriegsmaterial durch Deutschland, so bedeutet dies den Bruch der deutschen Neutralität und hat zur Folge, daß Deutschland Kriegs- und Hauptplatz wird.

Die deutsche Arbeiterklasse muß dies mit allen Mitteln verhindern. Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuch der Entente-Truppen, Kriegsmaterial und Munition zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.

Die Eisenbahner und Transportarbeiter haben die Gefahr erkannt und die größte Wachsamkeit gezeigt. Sie dürfen der Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft sicher sein.

Wir erwarten mit aller Bestimmtheit, daß auch die französischen und englischen Arbeiter sich ihrer internationalen Pflicht bewußt sind und sie befolgen.

Haltet Euch bereit!
Hoch die internationale Solidarität des Proletariats!

Berlin, den 7. August 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Kommunistische Partei Deutschlands
(Spartakusbund.)

Vorbemerkung: Genosse Dr. Alfons Goldschmidt war im Frühjahr 1920 in Sowjet-Russland und seine Eindrücke hat er in seiner Tagebuchblätter „Moskau 1920“ niedergelegt, die all die unzähligen Lastermährchen der kapitalistischen Goldschmiede im Nebel zerren lassen. Wir bringen als Probe folgende Stelle über:

Lenin und Liebknecht.

Von Dr. Goldschmidt

Ein Moskauer Büro, kein Sowjetbüro ohne ein Leninbild. Ohne ein Bild des halbblauen Lenintopfes mit der etwas schiefen Haltung im Schreiebild. Mit dem weichen Kragen (jetzige Krüge tragen gibt es in Moskau nicht, denn es gibt keine Stärke). Überall hängt dieses Bild. Man sieht alle Größen dieses Bildes. Lenin, Lenin überall. Man sieht auch Bilder von Kadek, Sakszen, Bucharin, Kalabakowa. Man sieht Gruppenbilder von den Hauptpersonen der Dritten Internationale, so gestellt, daß Lenin oben ist. Man sieht in vielen Stuben, vielen Schaufenstern,

viele Büros Marxbilder, besonders ein Marxporträt, das meines Erachtens nicht sehr trefflicher ist. Aber mehr noch als den Marxkopf, häufiger noch als den Marxkopf, sieht man den Lenintopf.

Lenins Geschichte, Lenins Entwicklungsgang ist bekannt. Seine Persönlichkeit wurde oft schon gezeichnet. Vielleicht weiß man noch nicht, daß auch er eine zeitlang einsam stand, sogar bespöttelt von seinen Genossen. Man nannte ihn einen Bremser. Kadek und Bucharin waren nicht eins mit ihm. Lenin hatte Recht — für Rußland. Das soll nicht bestritten werden. Er hatte Recht — für Rußland.

Heute sind ihm alle zugetan. Auch die politischen Feinde. Kein Gegner spricht mit Mißachtung von diesem Mann. Kein Mensch weiß, kein Sozialrevolutionär, kein Kerenskiener, kein Monarchist. Sie achten ihn alle. In einer Bourgeoisfamilie, von der ich noch sprechen werde, lobte man seinen Idealismus und seine Gerechtigkeit.

Lenin ist ein ungeheurer Einfluß auf die Massen. Auf ganz Rußland. Er ist ein warmer Strom. Man fürchtet ihn aus Liebe. Er ist in allen Büros, bei allen Arbeiten. Er ist die letzte Instanz. Man weiß: er schaltet von früh bis spät. Seine Arbeit ist eingeteilt, ist wirklich organisiert. Seine Arbeit mahnt, reizt an. Er ist das Beispiel. Mit ihm schreckt man, mit ihm befeuert man. Zeigt er sich, so jubelt man ihm zu. Leute, die ihn häufiger sprachen, loben den feurigen Diplomaten Lenin, den vorsichtigen Grabschreiber, den Jupiter, den Lächler, den Strafer Lenin. Er ist einer der besten Publizisten Rußlands. Seine Broschüren sind Schriften eines guten Sprachgeigers, oft eines Wort- und Begriffschürfers, eines Systemdenkers. Sie sind klar, geschlossen in sich, prunklos und echt. Man braucht den Folgerungen nicht nachzugeben und wird sie doch loben. Sie sind unaufdringlich wie er selbst, der Mann mit der Sienemacht aus dem Vertrauen des Proletariats und der simplen Lebensweise. Er tafelt nicht, er ist, er sättigt sich. Er bezieht nicht mehr Gehalt, als ein Moskauer Arbeiter Grundlohn hat. 6500 Rubel im Monat. Er wohnt im Krem. Aber er wohnt nicht als Fürst im Krem, er wohnt sozusagen auf der Flucht vor dem Andrang im Krem, vor der Liebe, vor den Klagen, den Beschwerden. Er wohnt im Krem als ein Symbol. Er ist gar nicht mehr so sehr der Revolutionsführer wie ein Ausdruck des Volkswillens, der Volksehnsucht, der Entwicklung. Er leidet nicht mit dem Schwert, es ist kein Diktator von oben, er ist getragen und hat die Zügel, während ihn der Rücken des Volkes freiwillig reiten läßt.

Eines Tages, als ich mit einem Truppleiter arbeitete, kam ein Brief aus Lenins Büro. Der Truppleiter wurde bleich. Unschicklich wurde er, er hing fast den Umschlag auf und atmete dann schnell und lächelnd. Deshalb wurden Sie bleich? fragte ich ihn. Es ist ein Brief Lenins, antwortete er. Ein Brief Lenins ist kein gewöhnlicher Brief, kein Brief irgendeines Volksbeauftragten, es ist ein Brief Lenins. Er ist wie eine Toga, er hat Glück oder Schmerz in sich. Ein aberermendes Wort Lenins schneidet tief. Der Mann hat eine unerhörte Erziehungsgewalt, eine Aufreißungsgewalt, eine Emporhebungsgewalt, wie sie kein russischer Zar besaß. Lenin, das ist heute Rußland. Für ihn oder gegen ihn, Lenin ist heute Rußland. Das ist so, es ist tatsächlich so, die Leute jagen es auf der Straße in Moskau.

Karl Liebknecht ist ein Heiliger in Rußland geworden. Hundert und mehr Bilder von ihm sah ich in Moskau. Ich sah Bilder des Volkstraß-Liebknecht, Bilder des ermordeten Liebknecht, des Liebknecht auf den Schaufensterecken, des manglückseligen Liebknecht auf dem weißen Totenbett mit roten Tulpen.

Nach Karl Liebknecht werden Arbeiterklubs genannt, Truppen, Regimenter. Erwähnt man das deutsche Proletariat, die deutsche Revolution, so wird auch Liebknecht erwähnt.

A. Lenin.

Werden die Bolschewiki siegen?

Uebersetzt von Scripps.

(I. Fortsetzung.)

Wir werden gewiß nicht im mindesten dem Utopismus verfallen, wenn wir sagen: Die ganze Kapitalistenklasse wird aus der irdischen Existenz entzogen, aber mit der Organisation der ganzen Bevölkerung in Sowjets wird dieser Widerstand gebrochen werden, wobei nur die besonders kräftigen und ungehorsamen Kapitalisten nach Gefängnis und Entzweiung des ganzen Vermögens bestraft werden. Dafür wird der Sieg des Proletariats die Zahl solcher Fälle vermindern, wie zum Beispiel der folgende, der in der hiesigen Nummer der „Sowjet“ (Nachrichten des Allrussischen Zentralen Volkskongresses der U. a. S. -R. 2) zu lesen ist:

Am 26. September kamen in den Zentralrat der Fabrikanten zwei Ingenieure, und erklärten im Namen einer Ingenieurgemeinschaft, daß sie beschließen hätten, einen Verband sozialistischer Ingenieure zu gründen. Der Verband stellt sich, in der Erklärung, daß die Werte der sozialen Revolution angebrochen ist, zur Verfügung der Arbeitermassen und will, die Arbeitermassen zu unterstützen, im Kontakt mit den Arbeiterorganisationen werden. Die Vertreter des Zentralrates der Fabrikanten gaben zur Antwort, daß der Zentralrat gerne jeder Organisation eine Ingenieurgemeinschaft beifügen wird, die die Grundregeln der ersten Kongresse der Fabrikanten (Petitvorka) über Arbeiterkontrolle anerkennt. In den nächsten Tagen findet eine gemeinsame Sitzung der Delegierten des Zentralrates der Fabrikanten mit der Organisationsgruppe sozialistischer Ingenieure statt. („Sowjet“ vom 27. IX. 1917.)

Nach der Revolution von 1905 haben 130 000 Gutsbesitzer Rußland regiert. Durch endlose Bergewalligungen und grenzenlose Verschwendung haben sie 150 Millionen Menschen regiert, indem sie die große Mehrheit zur Zwangsarbeit und halbhungriger Existenz verurteilten.

Es werden also auch die 240 000 Mitglieder der bolschewistischen Partei Rußland regieren können, regieren im Interesse der Armen und gegen die Reichen. Diese 240 000 Menschen haben schon jetzt 1 Million Stimmern der erwachsenen Bevölkerung hinter sich, denn gerade dieses Verhältnis der Mitgliederzahl einer Partei zur Zahl der für sie stimmenden Wähler ergibt sich aus der Erfahrung Europas und Rußlands, zum Beispiel aus den letzten Augustwahlen in Petersburg. Da haben wir schon einen „Staatsapparat“ aus 1 Million Menschen, die überall und nicht aus irgend welchen Parteien des sozialistischen Staat ergeben sind.

Nach mehr, wir besitzen ein „Wandermittel“, um mit einem Schlag unsere Staatsapparat zu verheerungsfähig — ein Mittel, worüber kein kapitalistischer Staat jemals verfügt hat, noch verfügen kann. Dieses Wandermittel ist die Entziehung der Arbeitenden, der Armen zur alltäglichen Arbeit der Staatsverwaltung.

Um zu zeigen, wie leicht erwerbbar dieses Wandermittel ist, wie einfach seine Wirkung, zeigen wir ein möglichst einfaches und anschauliches Beispiel.

Der Staat muß eine bestimmte Familie aus der Wohnung entziehen und eine andere einmieten. Das ist ganz und gar im kapitalistischen Staat, das wird auch unser proletarischer, sozialistischer Staat machen müssen.

Der kapitalistische Staat mietet eine Arbeiterfamilie aus, die den Erwerber verloren hat und die Miete nicht bezahlen kann. Es kommt ein Gerichtsdirektor und eine Anzahl Polizeibeamter. Um in einem Arbeitermiete irgend anzukommen, braucht man eine Abteilung Kojaken. Warum? Weil der Gerichtsdirektor und Polizeibeamter nicht wagen werden, es ohne Widerstand zu tun. Er wissen, daß das Schicksal der gewöhnlichen Arbeiterfamilie einem derart wilden

Haß in der Bevölkerung der Umgebung hervorrufen wird, einen Haß zu den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat, daß man den Gerichtsvollzieher und den kleinen Polizeitrupp in Stücke zerreißen könnte. Man braucht dazu große Willkürkräfte, man muß in die Großstadt mehrere Regimenter aus irgend einer entlegenen Gegend bringen, damit den Soldaten das Leben der städtischen Arbeit fremd ist und die Soldaten nicht vom Sozialismus angefaßt werden.

Der proletarische Staat muß zwangsweise eine obdachlose Familie in die Wohnung eines Reichen einmieten. Unter Trupp der Arbeitermilitz besteht, sagen wir, aus 15 Mann: zwei Matrosen, zwei Soldaten, zwei kassensbewachte Arbeiter (von denen nur der eine Mitglied unserer Partei zu sein braucht), ein Intellektueller und acht Personen aus der arbeitenden Armut, unbedingt nicht weniger als fünf Frauen, Diensthofen usw. Der Trupp kommt in die Wohnung eines Reichen, sieht sie sich an, und findet fünf Zimmer für zwei Männer und zwei Frauen. — Engen Sie sich ein, Bürger, in drei Zimmern für diesen Winter und zwei Zimmer stellen Sie bereit für zwei Familien aus dem Keller. Solange, bis wir mit Hilfe von Ingenieuren und Baumeistern gute Wohnungen für alle schaffen, müssen Sie unbedingt damit vorlieb nehmen. Ihr Telefon müssen Sie jetzt für zehn Familien zur Verfügung stellen. Es wird an die hundert Stunden Arbeit, Kauferei durch die Läden usw. ersparen. Dann find in Ihrer Familie zwei nichtbeschäftigte Halbarbeiter vorhanden, die imstande sind, leichte Arbeit zu verrichten: eine 55-jährige Bürgerin und ein 14-jähriger Bürger. Sie werden täglich je drei Stunden die richtige Verteilung der Lebensmittel überwachen müssen und die dazu nötigen Eintragungen machen. Der Bürger Stubeant aus unserem Trupp wird diesen Befehl des proletarischen Staates in zwei Exemplaren ausstellen, und Sie wollen uns bitte eine Quittung darüber ausstellen, daß Sie diesen Befehl richtig ausführen werden.“

So könnte, meiner Ansicht nach, das durch anschauliche Beispiele angeführte Verhältnis zwischen dem alten, bürgerlichen und dem neuen, proletarischen Staatsapparat und Staatsverwaltung sein. (Fortsetzung folgt.)

Was jetzt nur, das Proletariat wird nicht imstande sein, den Staatsapparat in Bewegung zu bringen.

Aber er ist nicht nur identisch mit der deutschen Revolution, er wächst weit über die deutschen Grenzen hinaus. Liebknecht ist heute in Russland in allen Proletarierschulen der Freiheitsheld. Man hat ihn besungen, man will ihn nachsehen, man liebt ihn wie man eine gültige Naturgewalt liebt. Er ist sozusagen in Moskau der Siegfried des Proletariats.

Wie wäre Liebknecht so gewaltig geworden, hätte man ihn nicht ermordet. Erst jetzt beginnt er zu wirken. Er wird zu einer Kraft von Fabeldruck, zu einem Ruf weit über Deutschland hinaus.

Die Bilder von ihm, die in Moskau hängen, sind oft schwachhändig. Nur wenige „sprechende“ Bilder von ihm sah ich in Moskau.

Man fühlt in Moskau: Liebknecht wird eine Legende. Er wird ein Heldenfang, ein Kreuzigungsweg, ein Golgatha des Proletariats.

Liebknechts Tod war ein Opfertod. Das spürt man in Moskau.

Rätenachrichten.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat.*)

Von Max Sievers.

Die rechtliche Grundlage für den Reichswirtschaftsrat bildet § 165 der Verfassung, in welchem festgelegt ist, daß die Arbeiter und Angestellten „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken haben“. Weiter heißt es da im zweiten Abschnitt: „Die Arbeiter und Angestellten erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten, sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeiterrat.“

Dieser Verfassungsparagraph wiederum soll darstellen die Einlösung der Zugeständnisse, die die Regierung Scheidemann im März 1919 den Arbeitern machte, die in einem imposanten Generalfreist für den Fortbestand und Anerkennung der Arbeiterräte durch die Regierung getreten waren.

Diese Zugeständnisse bewegten sich — das kann nicht abgestritten werden — in der Richtung, daß die proletarische Bevölkerung durch selbstgewählte Räteorganisationen die Möglichkeit erhalten sollte, wirksam bei der Inangriffnahme und der Durchführung der Sozialisierung tätig zu sein.

Ob dies durch eine Regierung vom Schlage Scheidemann, Bauer usw. überhaupt realisiert werden kann, soll jetzt einmal unerörtert bleiben, hier genügt die Feststellung, daß die Regierung sehr wohl verstanden hatte, was die Arbeiter wollten und daß sie sich bereit erklärt hatte, diese Forderungen in die Tat umzusetzen.

Wie sie sich dann im Verlaufe der Zeit wie ein Sturm gekrümmt hat, um über diese Zugeständnisse hinweg zu kommen und wie sie keinen Kopfküßchen verschmähte, um trotz formaler Einlösung der Worte die hingemachte Einlösung schuldig zu bleiben, ist uns zur Genüge bekannt. Betriebsrätegesetz und Sozialisierungskommissionen sind hierfür sprechende Zeugen.

Nun versucht sie dieselbe Taktik auch durch die Einberufung des Reichswirtschaftsrates. Das „Räteystem“ der Regierung dürfte hiermit seine vorläufige Krönung erfahren haben.

Seine Zusammensetzung ergibt sich wie folgt:

- 68 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft,
- 6 Vertreter der Gärtnerei und Fischerei,
- 68 Vertreter der Industrie,
- 44 Vertreter des Handels, Banken, Versicherung,
- 34 Vertreter des Verkehrs und öffentlicher Unternehmung,
- 36 Vertreter des Handwerks,
- 30 Vertreter der Verbraucherschaft,
- 16 Vertreter der Beamtenschaft und freien Berufe,
- 12 vom Reichsrat ernannte hervorragenden Wirtschaftsleute,

insgesamt 326 Delegierte.

Aus den Rechten und Aufgaben, die ihm zugewiesen werden, sei hervorgehoben, daß sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzesentwürfe von grundsätzlicher Bedeutung, die die Regierung ausarbeitet, vor ihrer Beratung im Reichstage dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden müssen. Ebenso steht dem R. W. R. das Recht zu, selbst solche Gesetzesentwürfe zu beantragen.

Weiterhin soll noch hervorgehoben werden, daß der R. W. R. auch beim Aufbau der in der Reichsverfassung vorgesehenen Arbeiterräte, Unternehmervertretungen und Wirtschaftsräte mitzuwirken habe.

Weiteres aus dem Wert von Paragraphen, die man für dieses Gebilde zusammengebastelt hat, ersieht man für den Augenblick unwesentlich.

Die Frage entsteht nun: Was haben wir von dieser Räteforporschaft zu erwarten? Nach der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse zu urteilen, wahrhaft riesengroße Daten. Wir dagegen hegen zunächst einmal einige Zweifel daran, daß er überhaupt irgendwelche Daten vorbringen wird. Kein Zweifel braucht aber darüber obzuwalten, daß alle seine Daten nicht die Tendenz eines Kampfes gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsweise haben werden.

Dafür bürgt schon seine Zusammensetzung.

Sorgfältig ist in allen Berufsgruppen die Vertretung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gewahrt. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft triumphiert. Burgfrieden in Permanenz zwischen Kapital und Arbeit.

Und das in einer Zeit, da durch schwere Wirtschaftskrisen, höchster Ernährungsnot und ungeheurer Verelendung des Volkes die Klassengegensätze sich aufs äußerste zugespitzt haben und jeden Tag drohen, sich gewalttätig zu entladen.

In einer Zeit, wo durch ihre Stimmabgabe bei der Reichstagswahl, ungeheure Massen der werktätigen Bevölkerung den Fürsprechern der Arbeitsgemeinschaft den Zutritt verweigert haben in der Erkenntnis, daß eben diese Kapitalpolitik mit dem Unternehmertum die Ursache bildet für die Erstarkung der Reaktion, für die freie, herausfordernde Haltung der Unternehmer und gleichzeitig die Schöpferin ist für die verfehlte und unsinnige Wirtschaftspolitik der letzten 20 Monate, die gerade in diesem Augenblick ihren eklatantesten Zusammenbruch erlebte.

Es gehört wahrlich viel Mut dazu, jetzt erneut mit großem Tamtam und mit ungeheuren, vom Steuerzahler zu tragenden Kosten einen Apparat ins Leben zu rufen, der lediglich dazu bestimmt sein soll, die alte Politik des Fortwurstelns weiter zu betreiben. Oder glaubt jemand wirklich im Ernst daran, daß angesichts dieser Zusammenfassung etwas anderes herauskommen wird?

Ein famoseres Sprachrohr der werktätigen Bevölkerung, das da unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit zustande gekommen ist. Wahlen? Unsinn, kosten nur Geld, verursachen unliebsame und häßliche Diskussionen, schließlich weiß man auch nie was für Elemente man da hineinbekommt. Viel einfacher ist es durch die Gewerkschaften aufzufordern, uns geeignete Leute zu stellen, da haben wir wenigstens die Gewähr, keine Krakeeler zu erhalten. — Niemand fragt darnach, ob die Leute, die von den Gewerkschaften entsandt werden, auch wirklich das Vertrauen ihrer Mitglieder haben, ja man streift sich sogar noch um die Frage herum, ob jemand sein Mandat dadurch verliert, wenn er seine Stellung innerhalb der Gewerkschaft, durch die er delegiert wurde, im Laufe der Zeit aufgibt oder aufgeben muß. Kommentar überflüssig.

Und so, unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit, wie er zusammengefaßt wurde, wird er auch tagen. Es heißt nämlich: Die Vollversammlungen sind im allgemeinen öffentlich, die Sitzungen der Ausschüsse im allgemeinen nichtöffentlich. Schon in den ersten Tagungen des R. W. R. wurde aber festgelegt, daß man sehr wenig Vollversammlungen abhalten werde, desto intensiver aber in den Ausschüssen tätig sein will, um „wirklich positive Arbeit zu leisten“. Wir werden also des Vergnügens beraubt sein, viel von den Verhandlungen des Wirtschaftsparlamentes, des Sprachrohrs der werktätigen Bevölkerung zu erfahren.

Zunächst haben sich die Herrschaften einmal recht beträchtliche Diäten und die Immunität verschreiben lassen. Neuz: Sinecuren für abgewirtschaftete Politiker.

Hierbei fallen einem wieder die Verleumdungsfeldzüge des Jahres 1919 gegen die Arbeiter- und Soldatenräte ein, die ungeheure Geldsummen verbraucht und sich beträchtliche Entlohnungen bewilligt haben sollten. Größtenteils gingen diese Verleumdungen von denselben Kreisen aus, die sich jetzt im R. W. R. eine neue fette Pfunde schaffen.

Edler von Braun ist erster, Legien zweiter Vizepräsident. Das Paar gehört zueinander, sie werden sich beide gut vertragen.

Lassen wir die Herrschaften beieinander. Uns werden sie keine Enttäuschungen bringen, denn wir erwarten von ihnen nichts. Doch im Auge wollen wir sie dennoch behalten, recht scharf sogar, es wird notwendig sein, und sei es auch nur zur Abwehr.

Eine beachtenswerte Entscheidung für Betriebsräte

wurde jetzt in einer Streitsache des Deutschen Metallarbeiterverbandes gegen die Firma Gebr. Voigtshaus, Belbert gefällt, die Kündigungen von Arbeitern, die Betriebsratsmitglieder waren, vorgenommen hatte. Vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses wurde auf die Vorschriften des § 96 RGG aufmerksam gemacht, nach der die Zustimmung der Betriebsvertretung zu einer rechtsgültigen Kündigung eines Mitgliedes derselben ein gesetzliches Erfordernis ist und die fehlende Zustimmung nur durch einen dahin lautenden Spruch des Schlichtungsausschusses, der vom Arbeitgeber zu beantragen ist, ersetzt werden kann. Letzteres ist in vorliegendem Falle nicht geschehen und somit eine Zuständigkeit des Schlichtungsausschusses in dieser Frage nicht gegeben. Ueber die Frage zu entscheiden, ob die nach § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 vorgeschriebene Reihenfolge bei der Vornahme der Entlassungen eingehalten ist, hält sich der Schlichtungsausschuss ebenfalls nicht für zuständig, da die Voraussetzung des § 29 Abs. 3 des RGG, wonach die Anrufung des Schlichtungsausschusses erst zulässig ist, wenn mit dem Arbeitgeber die strittige Angelegenheit verhandelt worden ist, nicht gegeben ist. Nach eingehender Beratung verkündete dann der Vorsitzende folgenden

Schiedsspruch:

Die von der Firma Gebr. Voigtshaus ausgesprochenen Kündigungen bestehen zu unrecht, da bei der Auswahl der zu entlassenden Arbeitnehmer die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 nicht beachtet worden sind. Der Firma wird aber aufgegeben, alsbald die Reihenfolge der zu entlassenden Arbeiter nach erneuter Prüfung festzulegen, und zwar unter Beachtung der vorgenannten Vorschriften. Hierbei hat sich die Firma, da es sich um Entlassung einer größeren Zahl von Arbeitnehmern handelt, gemäß den Bestimmungen des § 74 RGG mit dem Betriebsrat ins Benehmen zu setzen.

Gründe:

Bei der Prüfung der Reihenfolge der Entlassungen, bei der die sozialen Verhältnisse der einzelnen gefändigten Arbeiter erörtert wurden, ist festgestellt worden und von der Firma unbestritten gehalten, daß unter den gefändigten, vom Metallarbeiterverband namhaft gemachten Arbeitern sich mehrere verheiratete oder alleinstehende Arbeiter befinden, wovon gegen im Betrieb zurzeit noch eine Anzahl unverheirateter Arbeiter, die die gleiche Arbeit verrichten wie die ersteren, tätig sind. Ferner wurde festgestellt, daß in dem Betriebe noch etwa 50 Arbeiter voll und rund

110 Arbeiter in gekürzter Arbeitszeit beschäftigt werden. Nach vorliegendem hat der Schlichtungsausschuss die Überzeugung gewonnen, daß die Vorschriften des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 über die Reihenfolge der Entlassungen nicht beachtet worden sind und deshalb wie gesehen zu erkennen war.

gez. B a s t h e i m. gez. Falke.

Hier zeigt sich, daß der Betriebsrat eine ungeahnte Macht hat, um die Arbeitslosigkeit zu steuern, wenn er auf dem Posten ist. Beispiel: Ein Unternehmer gibt an, wegen Mangel oder Annullierung von Aufträgen die Arbeitszeit einschränken oder Entlassungen vornehmen zu müssen, und nimmt dieserhalb Fühlung mit dem Betriebsrat. Derselbe verlangt aber etwas mehr zu wissen, und zwar, ob nicht ein Reservefonds vorhanden ist, der es gestattet, auf Lager zu arbeiten oder Nachstands- und Aufräumungsarbeiten zu machen. Diese Mitteilung verweigert aber der Unternehmer, dann verweigert der Betriebsrat die Zustimmung zur Verkürzung der Arbeitszeit sowohl als zur Vornahme von Kündigungen. Solange der Unternehmer jetzt nicht den Schlichtungsausschuss anruft, hat er für alles aufzukommen, was den Arbeitern an Schaden entsteht, und die Arbeiter rufen in diesem Falle das Gewerbegericht an, weil der Unternehmer in diesem Falle in Verzug kommt mit der Annahme der Dienste.

Geht aber der Unternehmer an den Schlichtungsausschuss, muß der Betriebsrat den Antrag stellen, daß derselbe ebenfalls Einsicht nimmt in den Stand des Geschäfts. So muß Hand in Hand gearbeitet werden, dann kommt das Mitebestimmungsrecht von selbst, aber das erfordert Geschick und Ausdauer von seiten der Betriebsräte und ist eine praktische, logische Auslegung des Betriebsrätegesetzes.

Wie die Betriebsräte sabotiert werden.

Die Tätigkeit der Betriebsräte fällt dem Arbeitgeber stark auf die Nerven. Gleich, nachdem das Betriebsrätegesetz, das unter einmütigem schärfstem Protest der gesamten Arbeitnehmerschaft von der Regierung verabschiedet wurde, in Kraft trat, setzte eine beispiellose Hege von den verschiedenen Arbeitgeberverbänden ein, um die Funktionen der Betriebsräte zu sabotieren. Rundschreiben auf Rundschreiben ging an die einzelnen Arbeitgeber hinaus, Maßregelungen, Degradierungen, Besetzungen, Entlassungen und Schikanen aller Art gegen nicht genehme Betriebsratsmitglieder nach altbekanntem Muster und Rezept waren und sind an der Tagesordnung, um den Betriebsräten ihre Tätigkeit zu verleiern. Den Vogel aber hat zweifelsohne das letzte „Rundschreiben“ abgeschossen. Durch „Bekanntmachung“ sollen die Betriebsräte aller ihrer Funktionen beraubt und zu Dekorationsstücken herabgedrückt werden. Wir lassen diese „Bekanntmachung“ im Wortlaut folgen:

Verkehr mit dem Betriebsrat.

1. Die Betriebsratsmitglieder sind angewiesen, Anträge und Beschwerden in Betriebsangelegenheiten bei Herrn Betriebsleiter in allen anderen und besonderen Fällen bei Herrn als Vertreter der Firma anzubringen.
2. Sämtlichen kaufmännischen und technischen Angestellten sowie den Meistern ist es unterjagt, den Betriebsratsmitgliedern geschäftliche Auskünfte zu erteilen. Auskunftverlangende Betriebsratsmitglieder sind in solchen Fällen an die unter Ziffer 1 genannten Herren zu verweisen.
3. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Bekanntgabe von internen Geschäftsverhältnissen, ebenso von Zahlenmaterial, Briefen und dergleichen an Betriebsräte, Gewerkschaften, Arbeitnehmerverbände und sonstige Organisationen usw. als Verrat von Geschäftsgeheimnissen und grober Vertrauensbruch angesehen werden muß. Eine solche Handlungsweise von seiten der Angestellten würde neben den event. zivil- und strafrechtlichen Folgen die fruchtlose Entlassung zur Folge haben (§ 71 Z. 1 RGG. und § 133 c Z. 2 Gewerbeordnung).

Kein sachlich ist dazu zu sagen, daß die Entgegennahme und Erledigung von Anträgen und Beschwerden in den Bereich der Befugnisse der Betriebsräte gehört. Für die Arbeitnehmerschaft liegt keine Veranlassung vor, ihre Anträge und Beschwerden an von der Betriebsleitung über den Kopf der Betriebsratsmitglieder hinweg bestimmte Personen zu richten. Die Betriebsräte müssen mit allem Nachdruck derartige Manipulationen und Eingriffe in ihre ihnen laut Gesetz zustehenden Rechte zurückweisen.

Zu 2 und 3 stellen wir fest, daß entgegen dem in der Bekanntmachung zum Ausdruck gebrachten Verbot der Betriebsrat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich über die Lage des Betriebs zu informieren, um sich aus eigener Tatsachenkenntnis ein Bild über die Betriebsvorgänge, die Leistungsfähigkeit des Betriebes, die Abwicklung des Produktionsprozesses usw. zu machen. Das folgt weiter und ist auch gesetzlich festgelegt, daß Auskünfte an den Betriebsrat dieser Art sowie Bekanntgabe von statistischem Material, Zahlenmaterial, Berichten, Bilanzen usw., an deren Wissen der Betriebsrat in dieser seiner Eigenschaft interessiert sein muß, nicht als ein Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen gewertet werden können. Die in dem Rundschreiben gezogenen Schlussfolgerungen brechen demnach in sich selbst zusammen.

Wir richten an alle Betriebsräte den ernststen Appell, sich durch derartige „Rundschreiben“ und „Bekanntmachungen“ mit Anweisungen und Direktiven zur Umgehung des Betriebsrätegesetzes und zur Rahmung der Betriebsvertretung der Arbeitnehmerschaft nicht betreiben zu lassen und sich in strittigen Fällen an ihre Organisationen zu wenden, um sich eingehend über die einschlägigen Bestimmungen zu informieren. Im übrigen empfehlen wir dringend, mehr denn je auf dem Posten zu sein und sich mit allem Nachdruck gegen derlei Auslegung der laut Gesetz gewährleisteten Rechte und Befugnisse zu verwahren.

*) Aus dem „Arbeiter-Rat“, Berlin C, Mühlstr. 27.

Aus der Jugendbewegung

Der internationale Jugendtag.

Die vor einiger Zeit in Berlin abgehaltene internationale Versammlung der kommunistischen Jugend-Internationale beschloß, wie schon früher berichtet, den diesjährigen internationalen Jugendtag am 5. September stattfinden zu lassen. Dieser, der fünfte internationale Jugendtag, hat gegenüber den vorhergehenden eine erhöhte Bedeutung, weil die organisierte sozialistische Jugend aller Länder, auch die Jugend Sowjetrusslands und die der entstandenen Verbände im fernem Osten, in England und Amerika gleichzeitig und mit aller Macht für die Ideen des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats, des Klassenkampfes und gegen das Vakuum der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie aller Länder demonstrieren wird.

Die das Begrüßungstelegramm des Exekutivkomitees, der 3. Internationale an die kommunistische Jugend-Internationale bewies, sehen unsere Rostauer Genossen in der kommunistischen Jugend-Internationale einen mächtigen Kampffaktor für die Sache des Kommunismus. Es liegt im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, die Massenaktion der sozialistischen Jugend nach besten Kräften zu unterstützen. Wir ermahnen alle Parteigenossen und Organisationen, bei der Propaganda der Jugendlichen tätig mitzuwirken.

Die am Sonntag, den 29. August beginnende Kampfwache, in der die internationalen Publikationen („Jugend-Internationale“, Lichtdruckfondsarten und „Marx“, die betreffenden Landesverbandsorgane und kommunistische Literatur) in Massenauflagen vertrieben werden, muß durch die Mithilfe der älteren Genossen die Niederrückung des Indifferenzismus in den Reihen der Jugendlichen bringen.

Kragt dazu bei, daß der 5. September ein Tag frohen Gedenkens in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung wird!

Aus der Provinz.

An die Ortsgruppen!

Die folgenden Fragebogen der Zentrale bitten wir umgehend schriftlich an uns zu beantworten.

Die Bezirksleitung. A. S. P. Schlesien.

Erster Fragebogen für die Bildungsarbeit.

1. Befindet im Bezirk beständige Bildungsausschüsse? Sind ein Zusammenarbeiten mit anderen Organisationen statt?
2. Wie wird ein Bezirks-Bildungsausschuß unserer Partei Arbeit er mit anderen Organisationen zusammen?
3. In welchen Orten befinden Volkshochschulen? Die Rollen der Parteiorganisationen zu ihnen? Realität? Abnehmend? Oder werden sie von uns unterstützt?
4. Veranstalten die Ortsvereine wissenschaftliche Vorträge? Regelmäßig? Finden regelmäßige Frauen-Leisende statt? Sind wissenschaftliche Kurse abgehalten worden? Anzahl der Abende? Themen? Redner? Besondere Kurse für Frauen? Besondere Kurse für Jugendliche?
5. Sind Arbeiterkassen oder Arbeitervereine für Betriebsräte eingerichtet? In welchen Orten?
6. Sind in Betrieben wissenschaftliche Kurse veranstaltet worden? Die wichtigsten Themen?
7. Haben wissenschaftliche Einheitsvorträge stattgefunden? Woher?

Saben belehrende Lichtbildervorträge für Jugendliche und Kinder stattgefunden?

9. Welche Genossen (Redakteure, Lehrer, Ärzte, Juristen usw.) stehen dem Bezirk für die wissenschaftlichen Vorträge zur Verfügung?

Zweiter Fragebogen über die Bildungsarbeit.

1. In welchen Orten besteht eine eigene Bibliothek unserer Organisationen? Wieviel Bände umfaßt sie? In welchen Orten sind unsere Organisationen an gemeinsamen Bibliotheken beteiligt? Wieviel Bände umfaßt sie? Wie sind die Benutzungsziffern des letzten Jahres? Wieviel Abkommen hat der Bezirk für:
 - a) das Referentmaterial,
 - b) den „Sozialist“,
 - c) den „Arbeiter“,
 - d) den „Bibliobelar“.
2. Veranstalten unsere Organisationen in den größeren Orten Kunstabende? Wie oft im letzten Winter?
3. Veranstalten unsere Organisationen in den größeren Orten Theater-Vorstellungen?
4. Finden in den größeren Orten wissenschaftliche Führungen statt? (Museen, Institute, Musterbetriebe usw.).

Lozales.

Breslau, den 10. August.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Maßnahmen, die vom Magistrat der Stadt Breslau zur Linderung des Arbeitsmangels in der Bekleidungsindustrie unternommen worden sind, haben sich allmählich auf die Wäsche- und Schuhindustrie ausgebreitet. Für die Bekleidungsindustrie haben sie insofern zu einem praktischen Ergebnisse geführt, als in der aus Produzenten und Verbrauchern gebildeten Kommission die näheren Bedingungen einschließlich Preisfestsetzung vorgenommen sind und bereits in den Betrieben des Magistrats zu diesen Bedingungen Bestellungen aufgenommen werden. Eine gleiche Industrie hat sich für die Wäsche- und Schuhindustrie gebildet, die in derselben Weise wie die Kommission für die Bekleidungsindustrie die gleichen Bedingungen festsetzen wird. Bestellungen werden auch hier, für die Wäsche-Verwaltung durch den Magistrat, für private Verwaltungen durch den Arbeitgeber, zu den von den Kommissionen festgesetzten Bedingungen gemacht. Die Bezahlung der bestellten Waren erfolgt für die Magistratsangehörigen und Arbeiter durch den Magistrat, der die veranschlagten Beträge von den Entnehmern in Raten durch Lohn- oder Gehaltsabzüge wieder einzieht.

Neben diesen, in der Hauptfrage zur Linderung der Arbeitsnot unternommenen Maßnahmen, haben auf Antrag des Gewerkschaftsrates Breslau Besprechungen über allgemeine Preislenkung stattgefunden. An diesen Besprechungen haben Vertreter der Konfektion, des Handels, des Groß- und Kleinhandels für Haus- und Küchengeräte und Vertreter aus Verbrauchervereinen teilgenommen. Von den Vertretern aus Produzentenkreisen und des Handels wurde allgemeine Preisabbau angefragt. Das Nähere hierüber wird in den einzelnen für diesen Zweck gebildeten Kommissionen noch festgesetzt werden.

Außerdem wurde von den Vertretern der Produzenten und des Handels erklärt, daß sie bereit seien und in ihren Kreisen daraufhin wirken werden, daß die durch die Arbeitslosigkeit in großem Maße entstandene Not in Verbindung mit dem „Rostand Breslau“, durch Ueberweisung von namhaften Unterzahlungen und Gebrauchsartikeln nach Möglichkeit gelindert wird.

Die Heftbrotmarken alten Musters sind zur Zeit noch gültig. Der Termin, zu dem sie für ungültig erklärt werden sollen, ist noch nicht bekanntgegeben. Gegenwärtig muß also auch auf Heftbrotmarken alten Musters Gebäck abgegeben werden.

Der Zentral-Stellennachweis für das gesamte Familien-, Bade- und Massagepersonal der öffentlichen und städtischen Krankenhäuser, Sanatorien, privatarztlichen Institute, Schwelbeträte und Privathospitälern befindet sich im städtischen Arbeitsamt, Gartenstraße 3, Zimmer 23, Fernsprecher Ring 12 150. Die kostenfreie Vermittlung erfolgt unter sachmännischer Leitung.

Oberammergauer Passionsspiele. Bei allen Besuchen der Aufführungen der Oberammergauer Passionsspiele hört man nur eine Stimme das Lobes und der Bewunderung über die überragende Darstellung der Passion. Besonders die Darstellung der Wunderszene und des Kreuzes-Todes finden unbeschreiblichen Beifall. Der Besuch steigert sich mit jedem Tage; der Andrang an den Vorverkaufsstellen ist sehr stark, so daß es sich empfiehlt, die Eintrittskarten rechtzeitig zu lösen.

Arbeiter geht Acht!

Betriebsräte und Betriebsabläufe aller Industrie- und Verkehrsgruppen Groß-Berlins.

Die imperialistischen Anschläge gegen Sowjetrußland treiben immer deutlicher zutage. Täglich laufen neue Meldungen ein über Waffen- und Munitionstransporte, die von der Arbeiterschaft, von den Eisenbahnern angehalten werden. Aus den besetzten Gebieten werden Truppenkonzentrationen gemeldet. Die Entente — und ganz besonders Frankreich — wird ihre Pläne dann mit Macht durchzuführen versuchen, wenn ihre Vorbereitungen diese Möglichkeit zulassen. Daher ist es notwendig, daß nicht nur hier und dort einzelne Transporte angehalten werden, sondern daß die Betriebsräte in allen Industrien planmäßig die Fabrikation und den Transport von Waffen und aller Art Kriegsmaterial schärfstens kontrollieren. Die Betriebsräte der Eisenbahn haben darauf zu achten, daß jeder Zug kontrolliert wird. Es werden auch Züge unter einem falschen Bismarck durchgeschmuggelt versucht, hier ist ganz besondere Aufmerksamkeit am Platze.

Die Betriebsräte der Speditionsbetriebe und des Verkehrs überhaupt haben alle Güter, die zu transportieren sind, vorher genau zu prüfen.

Die Betriebsräte der Druckereien haben acht zu geben auf die Druckfächer, die hergestellt werden, speziell auch Anrufe, Flugblätter und dergleichen. Die Auftraggeber verdächtiger Druckzeugnisse sind schnellstens festzustellen.

Die Betriebsräte der Metallindustrie und anderer Industriegruppen haben darauf zu achten, ob und welche Kriegsmaterialien hergestellt werden.

Die Betriebsräte der Lebensmittelindustrie, ganz besonders des Großhandels, müssen ihren Geschäftsgang genau beobachten.

Alle Wahrnehmungen, die irgendwie darauf schließen lassen, daß es sich um Lieferungen an Polen und damit um Aktionen gegen Sowjetrußland handelt, sind sofort der unterzeichneten Körperschaft mitzuteilen.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamten! Seht euch die Betriebsräte bei allen Feststellungen behütet und bedenkt, daß, wenn es nicht gelingt, die auch von der deutschen Regierung proklamierte Neutralität zu erzwingen, Deutschland Kriegschauplatz wird. Setzt der Solidarnität der Ausbeuter die Solidarität der Ausbeuteten entgegen! Kampf für die Aufrechterhaltung der Neutralität! Wehrt jede Unterstützung der neuen Kriegstreiber!

Die provisorische Zentrale der Betriebsräte Groß-Berlin, Münzstraße 21.

Karl Bollmerhaus, Rich. Müller Vorsitzende.

Verantwortlich: für den gesamten Inhalt: E. Fritz Kibitz. Druck: Buchdruckerei Hüffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Jobe-Theater.
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Die Fälscher.

Jahrbunderthalle Breslau.
Die große deutsche
VOLKSPASSION
Spieltage:
Vom 31. Juli bis 15. August
jeden Abend 7 1/2 Uhr
außerdem:
am 11., 14., 15. August,
auch nachm. 2 1/2 Uhr.
Vorverkauf:
bei Buchh., Musikh.,
Schneid., Spiel- u. Musik-
Werkst., Feinbrot- u. Fein-
wursthandlungen.
Einzeltickets:
Jahrbundthalle, Tel. R. 1355

**Jodeli-
Schauspiele**
Neanderstrasse 35.
Dir.: C. Kuhn.
Wiederholung des Programms
Herrn Albers:
in dem sensationellen Abenteuer
verwickelt in 5 neuen Akten
Der Fürst
Das eig. Wenn des Abenteur-
geschehen. Verwickelt in 5 neuen Akten
eingespielt.
Bruno Krieger
als Nebencharaktere in dem
hochspannenden Drama
in 4 neuen Akten
Der Weltmeister
Danz der Science Unterwelt
Die Liebesprobe
in 2 neuen Akten

WZ
Kammersaal des
vul. Kellerstrasse 9.
nur 3 Tage!
2 gr. Klass.-Filme
**Tötet nicht
mehr**
Mit
Zu erst ist das Thema
Beleuchtung oder Ab-
schaltung der Leuchtstoffe
und Leuchtstoffe selbst
mit einem u. mehreren
von der Abschaltung der
Leuchtstoffe abhän-
gig zu machen.
Anschlüsse:

**Eden
Theater**
Lichtspiele
in höchst interessanten
Witzspielen
Witzspiele
Kammerstrasse 27.
Nur bis Donnerstag!
Bayer. Licht-Programme!
7 Erstaufführungen!
**Der Ruf aus
dem Jenseits.**
Spielzeit: 6 Akten.
5 große Akte
in 4 Akten
Alfred Abel.
Sensationell!
Anschauererregend!
Merkmal: sensationell, Da
nicht überhastet, Da
Teller überhastet in
5 Akten von und mit
Paul Mörckebach.

Ober-Bayern
Gartenstr. 65
Anfang
Neue Kapelle
6 Uhr
Täglich Konzert
Damen-Streich-
Orchester
Dir. P. Schmitz.
Achtung! Wo?
Ist es nicht wert, daß jeder
Mittel sowie ganz ge-
richtigen am liebsten
und verteilbarsten?
Bei H. Kluge,
Koszarstr. 12, nur! Etc.

**Veranstaltungskalender der U.S.P.D.
Ortsgruppe Breslau.**
Distriktsabende
Donnerstag
den 12. August 1921, abends 7 1/2 Uhr:
Distrikt 2 (Besonderes Interesse)
- 2a Reichstr. 16 (Donnerstag)
- 6 Lehmgartenstr. 36 (Dienstag)
- 8 Randstr. 84 (Samstag)
- 12 Bürgersgasse 24
- 14 Weinstraße 28
Freitag
den 13. August, abends 7 1/2 Uhr:
Distrikt 1
- 4 Wallstr. (Wolfsplatz)
- 7 Gellhornstr. 21 (Mittwoch)
- 9 Oswaldstr. 16
- 9a Reußstr. 12/14 (Schulz)
- 9a Berliner Straße 87 bei Kugel

**Viktorien-
Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr:
**Drei tolle
Tage!**
**LIEBICH-
Theater**
Täglich 7 1/2 Uhr:
Fu von Henschel u. K.
**Die Dame
im Frack**
Schneid. in 3 Akten
von Ferdin.-Milo
und Otto Schönborg
Musik von
Walter Braunfels.

Zeltgarten
Dir. Hans Krieger
im Herrl. Garten.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Ab 1. S. 20.
**das neue
Schlager-
Programm!**
Epilepsie-
(Falken, Kämpfe) ist
die wichtigste in der Welt.
auch in der neuesten Film-
Produktion, Schönborg u. K.
P.O. Fischer, München, u. K.
bei Schneider.

**ZEPTE-
KINO**
5 Filmdarsteller
Max Landa
Dankle Spione
4 Akte. Dann:
Reinhold Schünzel
Die Verurteilten
4 Akte.
Fersen:
Der gute Kamerad
4 Akte.
Gammeln
Schönborg, Schönborg,
Epilipsie, Epilipsie,
Schönborg,
Schönborg,
H. Klose,
Berliner I, Mittelstr. 72
2. Stockwerk

Joe Deeb's
Banknoten-
fälscher
4 Akte.
Lager mit 10 Jahren
Zucht verurteilt.
Geb. Meister
Albrechtstrasse 40
Bekleidungshaus
für
Herrn u. Frauen
mit eigene Fabrikation.

Allmetalle
auf höchstem Tages-
niveau
Jüngling
Goslarstr. 4.
Billige gute Bezugsquelle
Herrn bei
H. Brete
Sprengstr. 1-1
Anruf!
Die Fachhändler der Provinz Schlesien,
welche nach dem neuesten zum Bestehen in
Breslau, werden sich um die Sache kümmern
sollen. S. H. bei H. Brete.

Inferate
gab jeder Sch. ein 3g-
größten Erfolg.
Gottessberg
und Umgebung. Bestellungen auf die „Schlesische
Arbeiter-Zeitung“ nimmt unsere Geschäfts-Frau
Fagge, Gottessberg, Braunsf. 19 entgegen.